



Der Raubbau an der Selva Perus geht weiter

Perus Regierung erteilt neue Bohrgenehmigungen für das Amazonasgebiet und enttäuscht Hoffnungen auf einen sensibleren Umgang mit den indigenen Völkern

Gerhard Dilger

Kurz nach dem öffentlichen Einlenken der peruanischen Regierung im Streit um die Ressourcennutzung im Amazonasgebiet geht der Raubbau weiter: Ende letzter Woche erteilte Perus Energie- und Bergbauministerium dem englisch-französischen Konzern Perenco die Genehmigung, in der Amazonasprovinz Loreto nach Öl zu bohren. Bei den Protesten dagegen waren Dutzende Menschen ums Leben gekommen.

Das Ministerium segnete die Umweltstudie des Konzerns ab, der im Gebiet mit den vermutlich reichhaltigsten Reserven des Landes sieben Ölplattformen installieren darf. Zunächst sollen 14 Ölquellen angezapft werden. Für diese erste Investition will Perenco 185 Millionen Dollar aufbringen - doch die Pläne reichen viel weiter: Ende April, nach einem "sehr positiven Dialog" mit Präsident Alan García, hatte Perenco-Chef François Perrodo Investitionen von über 2 Milliarden Dollar angekündigt. Durch den Bau der neuen Förderanlagen könne das "Erdreich und das Grundwasser verschmutzt" sowie die dort lebenden Tiere in Mitleidenschaft gezogen werden, räumte der Multi jetzt ein.

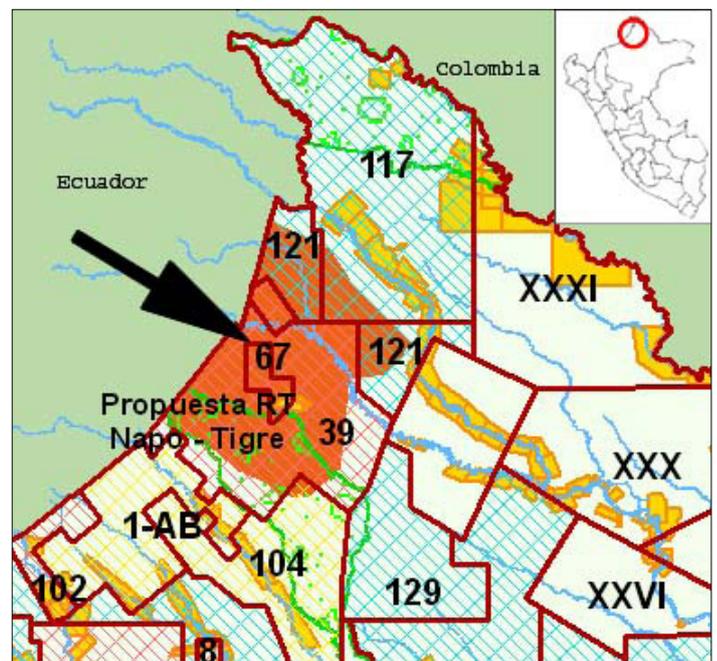
Die Hilfsorganisation "Survival International" weist zudem auf die Bedrohung für die zwei nicht kontaktierten indigenen Völker hin, die in der Region leben. Die Hoffnungen, dass die Regierung nach der Gewalt der letzten Wochen "etwas sensibler" mit den Indígenas umgehen würde, hatten sich zerschlagen, sagte Stephen Corry, der Leiter der NGO mit Sitz in London. Zwar arbeite Lima an einer Imageverbesserung, doch in Bezug auf die Ölkonzerne stünden die Zeichen auf "business as usual".

So tagt nun eine neu eingerichtete Arbeitsgruppe, die sich mit der Entwicklung des Amazonasgebiets beschäftigen soll. Es macht immerhin zwei Drittel des peruanischen Territoriums aus, über 300.000 Indígenas leben dort. Neben Regierungsbeamten sind darin auch Sprecher der kämpferischsten Indianerorganisationen vertreten. Diese kündigten an, sie würden die "Auswüchse" der Öl- und Holzmultis in ihren Gebieten zur Sprache bringen.

In Peru leben etwa 15 indigene Völker ohne Kontakt zur westlichen Zivilisation, um die 4.000 Menschen. Vor nicht allzu langer Zeit hatten Perenco und García die Anwesenheit isolierter Völker in Loreto bestritten. Danach gelang es den Indígenas, die ersten Vertreter des Multis am Eindringen in ihr Land zu hindern - bis diese die Blockade mit Hilfe der peruanischen Streitkräfte durchbrachen.

Für die zwei nicht kontaktierten Völker, die Pananujuri und die Taromenane, dürfte das jetzt genehmigte Förderprojekt der Anfang vom Ende bedeuten. Die größte Gefahr besteht in der Infektion durch Krankheitserreger, gegen die sie nicht immun sind. Ihr Gebiet grenzt unmittelbar an den Yasuní-Nationalpark im benachbarten Ecuador, wo die dortige Regierung mit Hilfe aus Deutschland auf die Ölförderung verzichten will.

*Dieser Artikel erschien bereits am 03. Juni 2009 in der taz, die tageszeitung.
Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung des Autors.*



Perenco erhält die Förderkonzessionen für den Block 67

Karte: Instituto del Bien Común (IBC), Peru